
FDP Fulda

Kommunaler Wasserstoffbedarfsplan für Eichenzell gefordert

17.06.2021

Die FDP-Fraktion in der Gemeindevertretung von Eichenzell will das Thema Wasserstoff in den Fokus der gemeindlichen Gremien rücken. "Hierzu werden wir in den kommenden Monaten entsprechende Anfragen und Anträge in die parlamentarische Arbeit einbringen", sagt Fraktionsvorsitzender Claus-Dieter Schad in einer Pressemitteilung der FDP-Fraktion.

Wasserstoff sei ein Energieträger der Zukunft. Er sei klimafreundlich, effizient, wirtschaftlich herstellbar und für viele Bereiche eine echte Alternative zum Elektroantrieb. "Wir wünschen uns kommunale Maßnahmen zur Nutzung und Verbreitung von Wasserstoff. Für Reisebusse und LKWs ist Wasserstoff auf Grund des kolossalen Eigen- und Transportgewichts der Trucks ohnehin die einzige sinnvolle Antriebstechnologie der Zukunft. In diesem Sinne werden die Liberalen in Eichenzell den Antrag der SPD zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung zur Er- bzw. Einrichtung einer Wasserstoftankstelle im Industriepark Rhön unterstützen. Die Freien Demokraten wollen aber ein deutliches "Mehr" beim Thema Wasserstoff", schreibt die FDP.

Land verschläft Entwicklung - Kommunen müssen voran gehen

Weiter schreiben die Liberalen: Zu denken ist bei kommunalen Gebäuden an eine Umrüstung der Wärme- oder der Wärme-Stromerzeugung auf Brennstoffzellen oder die Umrüstung des kommunalen Bauhof-Fuhrparks auf Brennstoffzellenantrieb. Letztendlich geht es um eine Art kommunaler Wasserstoffbedarfsplan und um Konzepte zur Verteilung und Nutzung von Wasserstoff. "Wenn Eichenzell in Bezug auf das privatwirtschaftliche Immobilienprojekt Smart Campus schon als Leuchtturm in Deutschland bezeichnet wird, sollte man in Eichenzell auch so mutig sein, sich mit innovativen Energietechnologien zu beschäftigen," so der liberale Fraktionschef in seinem Statement. Auf Landesebene hat

die Hessen-FDP bereits ein Wasserstoff-Zukunftsgesetz in den Landtag eingebracht, mit dem Ziel, den Wasserstoff-Anteil an der Deckung des Endenergieverbrauch schrittweise bis 2040 auf mindestens zehn Prozent, bis 2050 auf mindestens 25 Prozent zu erhöhen.

Auch die Bundesregierung in Berlin erkenne zunehmend die Bedeutung von Wasserstoff als wichtiges Element eines Energie-Mix der Zukunft und fördert mit acht Milliarden Euro 62 Wasserstoffprojekte, leider kein einziges davon in Hessen. MP Volker Bouffier und sein grüner Stellvertreter Tarek Al-Wazir hätten dies versäumt. Die einseitige Fokussierung der schwarz/grünen Landesregierung in Wiesbaden auf Windkraft sei nach Überzeugung der Liberalen aber falsch, "wenn wir unsere Klimaschutzziele erreichen, gleichzeitig aber unsere lokalen, regionalen und nationalen Wirtschaftsstandorte schützen und damit unseren Wohlstand sichern wollen", so die FDP. "Wasserstoff gehört einfach dazu", wird Schad in der Pressemitteilung abschließend zitiert.